

## Mobilitätswende in Nikolausberg: Nachhaltiger Wandel nur mit Durchhaltevermögen!

Seit Anfang 2023 wird in Nikolausberg nach einstimmigen Beschlüssen im Ortsrat sowie im städt. Umweltausschuss im Rahmen eines Modellversuchs erprobt, ob die ÖPNV-Anbindung des Ortsteils durch ein Busshuttle verbessert werden kann. Nach nicht einmal der Hälfte der ursprünglich anvisierten Testphase haben SPD und Grüne im Ortsrat nun bereits im Juni gegen den ausdrücklichen Rat von Verwaltung und GöVB beschlossen, das Projekt vorzeitig beenden zu wollen. Die CDU-Ratsfraktion rät diesbezüglich von übereiltem Aktionismus ab und plädiert stattdessen dafür, zunächst die offenkundigen Probleme in der Umsetzung zu beheben, bevor man neue Ideen zur Erreichung der Mobilitätswende kurzentschlossen wieder beerdigt.

„Außer Frage steht, dass die Zahlen der ersten Monate weit von dem entfernt sind, was sich Politik, Verwaltung und GöVB von dem Versuch versprochen haben. Sollte sich das nicht ändern, ist ein Regelbetrieb ausgeschlossen. Wenn die Busshuttles kaum genutzt werden und von Anwohnenden nur fast leer oder während Standzeiten wahrgenommen werden, führt das natürlich zu Unverständnis“, so Marcel Pache, stellv. Ratsfraktionsvorsitzender und Mitglied des städt. Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Mobilität.

Darüber, dass im nördlichen Teil von Nikolausberg Bedarf bei der Verbesserung des ÖPNV-Angebots besteht, waren sich allerdings noch Ende 2022 alle Fraktionen in Stadt- und Ortsrat einig. „Wenn Bedarf und Nutzungszahlen hier offensichtlich weit auseinanderliegen, sollten aus unserer Sicht zunächst die Probleme in der Umsetzung behoben werden – das ist schließlich Ziel und Zweck eines Modellversuchs. Nach kritischen Rückmeldungen von Anwohnenden haben wir bereits im Februar einen Antrag im Ortsrat mit Verbesserungsvorschlägen eingebracht – umgesetzt wurde davon bisher wenig! Wenn kaum ein Mensch nach der bislang eher als lustlos zu bezeichnenden Kommunikationsstrategie der GöVB überhaupt von dem Angebot weiß und noch weniger auch Informationen zu Abfahrtszeiten und Fahrscheinen erreicht haben, wie können wir erwarten, dass es in der Breite angenommen wird?“, kritisiert Wibke Güntzler, stellv. Vorsitzende der Ratsfraktion und Mitglied des Ortsrats Nikolausberg.

„Dass sich die Ortsratsfraktionen von SPD und Grünen nun nach kurzer Zeit beim ersten Anschein öffentlicher Kritik und ohne selbst auch nur einen einzigen konstruktiven Beitrag geleistet zu haben, gegen die eigenen Beschlüsse sowie den Rat von Stadtverwaltung und GöVB stellen, ist für mich absolut unverständlich. Hat man dort wirklich geglaubt, dass die Anwohnenden bei einem völlig neuen Konzept ab dem ersten Tag Schlange stehen und ihr langerprobtes Mobilitätsverhalten von heute auf morgen ändern? Wenn wir alle innovativen Ideen in Bezug auf Mobilität in den nächsten Jahren mit diesem Durchhaltevermögen angehen, sehe ich für die Klimaziele unserer Stadt schwarz“, so Olaf Feuerstein, Fraktionsvorsitzender der CDU im Rat der Stadt. Abschließend führt er weiter aus: „Wir fordern von Stadtverwaltung und GöVB, nun unverzüglich auf den ernüchternden Zwischenstand und die Kritik der Nikolausbergerinnen und Nikolausberger zu reagieren, indem man beim Modellversuch nachbessert. Von SPD und Grünen in Nikolausberg erwarten wir zudem in Zukunft ein bisschen weniger Polemik und blinden Aktionismus, die nur der Selbstinszenierung dienen. Stattdessen wären Rückgrat und konstruktive Mitarbeit angebrachter, wenn wir die Mobilitätswende in unserer Stadt wirklich schaffen wollen.“